Eing	

# Antrag auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (SGB XII)

_	
Δ-7	٠

Seite 1

#### Hinweise:

Um sachgerecht über Ihren Antrag auf Grundsicherung entscheiden zu können, werden von Ihnen Informationen und Unterlagen über Sie und zum Teil auch Ihre Haushaltsangehörigen benötigt. Sie werden deshalb gebeten, den Antrag sorgfältig auszufüllen. Bitte kreuzen Sie Zutreffendes an.

Die Datenerhebung im Zusammenhang mit dem Antrag erfolgt nach Art. 6 Abs. 1 lit. c) und e) Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) i.V.m. §§ 67 bis 78 des Zehnten Buches des Sozialgesetzbuches (SGB X). Die weitere Datenverarbeitung erfolgt nach § 67b Abs. 1 SGB X. Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an die datenerhebende Stelle.

Bitte beachten Sie die Erläuterungen und vergessen Sie nicht, den Antrag zu unterschreiben. Die Richtigkeit der Angaben ist durch Unterschrift der jeweiligen Person oder ihres gesetzlichen Vertreters auf der letzten Seite zu bestätigen.

1. Angaben zu den persönlichen Verhältnissen – bei mehr als zwei Personen bitte unter Punkt 2. bzw. auf gesonderten Blatt ergänzen

		1. Person			2. Person	
	☐ männlich	☐ weiblich	☐ divers	☐ männlich	☐ weiblich	☐ divers
				Antragstell	er(in) 2	
	A 4		4	☐ Ehegatte (r	nicht getrennt	lebend)
	Anti	ragsteller(in) '	1	Lebenspart	tnerschaft (ei	ngetragen)
				_	aft in eheähn artnerschafts naft	
Name						
Vorname						
Ggf. Geburtsname						
Anschrift						
Straße, Haus-Nr.,						
PLZ, Ort,						
(freiwillig: Telefon und E-Mail-Adresse)						
Geburtsdatum und -ort						
Bürger-Identifikations- Nr./ Steuer-ID						
Rentenversicherungs- Nr.						
Postabrechnungs-Nr.						

	Antrag auf Grundsicherun	g Seite 2
	ledig	ledig
Familienstand	<ul> <li>□ verheiratet</li> <li>□ Lebenspartnerschaft</li> <li>□ verwitwet</li> <li>□ getrennt lebend</li> <li>□ geschieden</li> </ul>	<ul> <li>□ verheiratet</li> <li>□ Lebenspartnerschaft</li> <li>□ verwitwet</li> <li>□ getrennt lebend</li> <li>□ geschieden</li> </ul>
Ctantan nah "vinkait	seit:	seit:
Staatsangehörigkeit  Aufenthaltsrechtlicher Status	☐ EU-Ausländer(in)  Einreise in die BRD am: ☐ Kriegs-oder Bürgerkriegsflüchtling ☐ Asylberechtigte(r) ☐ Sonstiger Status:	☐ EU-Ausländer(in)  Einreise in die BRD am: ☐ Kriegs-oder Bürgerkriegsflüchtling ☐ Asylberechtigte(r) ☐ Sonstiger Status:
Planen Sie in den kommenden 12 Mona- ten einen Auslandsauf- enthalt von vier auf- einander folgenden Wochen oder länger?	☐ ja ☐ nein Falls ja, ab wann und wie lange?	☐ ja ☐ nein Falls ja, ab wann und wie lange?
Besteht eine Verpflichtungserklärung nach § 68 Aufenthaltsgesetz?	☐ ja ☐ nein Datum der Verpflichtungserklärung:	☐ ja ☐ nein Datum der Verpflichtungserklärung:
Wurde ein(e) gesetzli- che(r) Betreuer(in) be- stellt?	☐ ja ☐ nein  Falls ja, Kopie der Bestellungsur- kunde beifügen  Name und Anschrift der bestellten Betreuungsperson:	☐ ja ☐ nein  Falls ja, Kopie der Bestellungsurkunde beifügen  Name und Anschrift der bestellten Betreuungsperson:

	Antrag au	f Grundsicherunç	g	Seite 3
Leben Sie in einer be- sonderen Wohnform (vormals stationäre Einrichtung der Eingliederungshilfe)?	J.,	n Sie <b>vorher</b> ge- her Aufenthaltsort)	☐ ja ☐ nein Falls ja, wo haben S (gewöhnlicher Aufen	
Leben Sie in einer Wohnung und bezie- hen Sie ambulante Leistungen, z.B. Teilhabe, Pflege	☐ ja ☐ nein Falls ja, wo habei wohnt (gewöhnlic	n Sie <b>vorher</b> ge- her Aufenthaltsort)?	☐ ja ☐ nein Falls ja, wo haben S (gewöhnlicher Aufen	•
Leben Sie in einer stationären Einrichtung (z.B. Pflegeheim, Krankenhaus)?	nahme in die Eir	n Sie <b>vor der Auf-</b> nrichtung gewohnt fenthaltsort)?	☐ ja ☐ nein Falls ja, wo haben S nahme in die Einric (gewöhnlicher Aufen	chtung gewohnt
Haben Sie in der Vergangenheit bereits Grundsicherungs- leistungen erhalten (SGB II oder SGB XII)?	☐ ja ☐ nein falls ja: von wem? von wann bis war von: bis:	nn (Monat/ Jahr)?	☐ ja ☐ nein falls ja: von wem? von wann bis wann ( von: bis:	Monat/ Jahr)?
Außer der nachfragend Lebenspartner leben n	den Person und seir	en Haushalt: z.B. Kind		
Bekannte (Bei mehr al	s 4 Personen bitte E	2. Person	3. Person	4. Person
Name	·		-	-
Vorname				
Geschlecht				
Geburtsdatum				
Familienstand				

	Antrag auf Grundsicherung	Seite 4
Staatsangehörig- keit / aufenthalts- rechtlicher Status		
Voll- oder teilstati- onäre Unterbrin- gung (z.B. WfbM, Tagesstätte)		
Verwandtschafts- verhältnis zu		
Antragsteller/in 1		
Antragsteller/in 2		
3. Unterhalt		nur ausfüllen, wenn 2. Person auch Antragsteller(in) ist:
	Elternteil 1:	Elternteil 1:
	Elternteil 2:	Elternteil 2:
Welche Berufe werden von Ihren Eltern und (leiblichen oder	Kind 1:	Kind 1:
adoptierten) Kindern ausgeübt?	Kind 2:	Kind 2:
	Weitere Kinder:	Weitere Kinder:
Können Sie sich vorstellen, dass	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
eine der genannten	Falls ja, welche Person?	Falls ja, welche Person?
Personen ein jähr- liches Einkommen	ans ja, welche i erson:	r and ja, welche i croom:
von oder über		
100.000 Euro hat?		
	☐ Nein, Grund:	☐ Nein, Grund:
Bestehen Unter-	☐ Auf Unterhalt wurde verzichtet	☐ Auf Unterhalt wurde verzichtet
haltsansprüche	☐ Ja, Unterhalt wird bereits gezahlt	☐ Ja, Unterhalt wird bereits gezahlt
gegen geschiedene oder getrenntle- bende Ehegatten /	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind noch nicht geltend gemacht	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind noch nicht geltend gemacht
Ehegattinnen oder Partner(innen) einer Lebenspartner-	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind bereits geltend gemacht	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind bereits geltend gemacht
schaft?	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind bereits tituliert	☐ Ja, Unterhaltsansprüche sind bereits tituliert
	(bitte vollstreckbaren Titel oder Urkunde beifügen)	(bitte vollstreckbaren Titel oder Urkunde beifügen)

	Antrag auf Grunds	siche	rung		Seite !
Falls ja: Familienname, Vorname des getrenntlebenden oder geschiedenen Ehegatten/Partners					
Anschrift Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort, (freiwillig: Telefon) Geburtsdatum und - ort jährliches Einkom- men in EUR des/der					
getrenntlebenden / geschiedenen Ehegatten bzw. Partners / Partnerin					
4. Fragen zur Bedarfsfe	eststellung:				
Sofern Sie in einer "bes leben, füllen Sie bitte we	onderen Wohnform" (ehe iter ab 4.4. aus.	mals s	stationäre	Einrichtung	der Eingliederungshilfe)
4.1 Bedarfe für die Unter leben! –	<b>kunft -</b> Nur auszufüllen vol	n Pers	sonen, die	in einer Wo	ohnung/ einem Haus
Anzahl der Personen im Haushalt:	Wohnfläche (qm):	Bauja	ahr des Ha	iuses:	Anzahl der Räume:
Sind Sie:  Hauptmieter/in Untermieter/in Wohnungseigen- tümer/in (siehe 4.3.) Hauseigen- tümer/in (siehe 4.3.)	<ul><li>☐ Nutzungsberechtige/i</li><li>☐ Nießbrauchberechtig</li><li>☐ Sie haben freies Worecht</li></ul>	te/r   N		•	nieter der Wohnung sind, es Hauptmieters:
Leben Sie mit anderen Po (Wohngemeinschaft)?	ersonen in einer Wohnung		]ja	in	
,	Kosten der Unter	rkunft	(monatlic	:h)	
Kaltmiete			EUR		
Nebenkosten (ohne Heiz	ung)		EUR		
Gesamtkosten der Unterl			EUR		
	en genannten Beträgen der	r Koste	en der Unt	erkunft sind	d enthalten

Antrag auf Grund	siche	rung			Seite 6
Kosten für Haushaltsstrom	∐ ja	☐nei	n falls j	a, Höhe:	EUR
Kosten für Warmwasserbereitung	□ja	□nei	n falls j	a, Höhe:	EUR
Kosten für Schönheitsreparaturen	∐ja	□nei	n falls j	a, Höhe:	EUR
Kosten für den Fernsehempfang über Kabel	∐ja	□nei	n falls j	a, Höhe:	EUR
Kosten für Möblierung/Teilmöblierung	□ja	□nei	n falls j	a, Höhe:	EUR
4.2 Bedarfe für die Heizung - Nur auszufüllen von I ben! –	Persor	en, die in	einer Wohr	าung/einem I	Haus le-
Höhe der monatlichen Heizkosten				EUR	
Energieart:	ohle	□ ÖI [	] Gas		
☐ Strom ☐ Fernwärme		Sonstige, n	ämlich		
Die Warmwasserbereitung erfolgt		zentral	oder 🗌	dezentral	(z.B. "Boiler")
Ist eine separate Messeinrichtung für die dezentrale Warmwasseraufbereitung (z.B. Durchlauferhitzer/Boiler) vorhanden?		ja □ a, wie hoc	nein h sind die e	erfassten Ko	sten?
4.3 Haus-/Wohnungseigentum					
Soweit Sie Haus-/Wohnungseigentum selbst ber Belastungen vorzulegen und nachzuweisen!	wohne	en, ist eine	e Aufstellu	ng über die	Kosten und
4.4. Monatliche Kosten der Unterkunft – Nur auszu Wohnform" (ehemals stationäre Einrichtung der					onderen
Zahl der Personen im persönlichen Wohnraum		1 Person	n 🗌 2	Personen	
Gesamtkosten der Unterkunft (Bruttowarmmiete	<del>:</del> )			EUR	
davon Grundmiete	<b>)</b> :			EUR	
Zuschläge insgesam	t:			EUR	
Zuschlag für Möblierung des persönlichen Wohn- raums	□ ja	a  □no	ein falls	s ja, Höhe:	EUR
Zuschlag für Wohn- und Wohnnebenkosten	□ j.	a 🗌 n	ein falls	s ja, Höhe:	EUR
Zuschlag für Haushaltsstrom, die Instandhaltung von persönlichen Räumlichkeiten	  □ji	a ∏n	ein falls	s ja, Höhe:	EUR
Und den Gemeinschaftsräumen und für die Ausstat tung mit Haushaltsgroßgeräten	-	u ∐111	Siii Ialis	, <sub>j</sub> u, i lolle.	LOIN
Zuschlag für Gebühren für Kommunikation und den Zugang zu Rundfunk, Fernsehen und Internet	j	a ∏no	ein falls	s ja, Höhe:	EUR

	Antrag auf Grunds	icherung	Seite 7
Die Warmwasserbereitur	ng erfolgt	zentral	oder
Ist eine separate Messeir Warmwasseraufbereitung zer/Boiler) vorhanden?	nrichtung für die dezentrale g (z.B. Durchlauferhit-	□ ja □ zahlende A	nein falls ja, wie hoch ist der zu bschlag? EUR
Hinweise zu Besonderhe den Unterkunftskosten	iten der Einrichtung und zu	(Bitte lasse	n Sie sich ggf. beraten!)
I.5 Mehrbedarf			
	1. Person		2. Person
	☐ ja, gültig bis		☐ ja, gültig bis
Liegt ein Schwerbehin- dertenausweis oder	nein		nein
Feststellungsbescheid vor?	☐ beantragt am		☐ beantragt am
(Ggf. Kopie des Fest-	Merkzeichen G oder aG?		Merkzeichen G oder aG?
stellungsbescheids bei- fügen!)	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
Besteht eine Schwangerschaft?	Voraussichtlicher Entbindu	ingstermin:	Voraussichtlicher Entbindungstermin:
Sind Sie alleinerziehend?	☐ ja ☐ nein		
D 111 ( 0:	☐ ja		☐ ja
Bedürfen Sie aus medizinischen Gründen	nein		nein
einer kostenaufwändige- ren Ernährung?	Falls ja, ärztliche Beschein vorlegen	igung	Falls ja, ärztliche Bescheinigung vorlegen
Erhalten Sie Leistungen zur Teilhabe an Bildung nach § 112 Abs. 1 Nr. 1 und 2 SGB IX?	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
Teilnahme am Mittages-	☐ ja ☐ nein		☐ ja ☐ nein
sen in einer Werkstatt für behinderte Men- schen oder bei einem	Ich arbeite    1    2    3 Tage pro Woche	□ 4 □ 5	Ich arbeite
anderen Anbieter (§ 60 SGB IX)	(sofern ein Vertrag zur Mitt gung besteht ist dieser vor		(sofern ein Vertrag zur Mittagsverpflegung besteht ist dieser vorzulegen)

Se	ite	8

**4.6 Kranken- / Pflegeversicherung** (Bitte Nachweise beifügen, bei privater Versicherung unbedingt Leistungsumfang darlegen!)

	1. Person	2. Person
	Name der Krankenkasse:	Name der Krankenkasse:
	Mitglied seit:	Mitglied seit:
	Art der Versicherung	Art der Versicherung
Wo sind Sie		
kranken- bzw. pflegeversichert?	☐ Pflichtversicherung	☐ Pflichtversicherung
phogoversionerts	☐ Familienversicherung	☐ Familienversicherung
	☐ freiwillige Versicherung	☐ freiwillige Versicherung
	private Versicherung	private Versicherung
KV- Mitgliedsnummer		
Höhe des mtl. Beitrags	Euro	Euro
Haben Sie eine	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
ausländische Krankenversiche- rung?	Falls ja, Name und Anschrift	Falls ja, Name und Anschrift
Falls Sie aktuell nicht kranken-	Name der Krankenkasse:	Name der Krankenkasse:
versichert sind, wo waren Sie zuletzt versichert?	Mitglied von bis	Mitglied von bis

Seite 9
---------

#### 5. Einkommen

**(Bitte ggf. Einkommensnachweise der letzten 12 Monate beifügen!)** (z.B. Steuerbescheid, Rentenbescheid, Kindergeldbescheid, Gehaltsbescheinigung für 12 Monate)

### 5.1 Renteneinkommen

Einkommensart/ Leistung	1. Pe	erson	2. Pe	erson
Ich erhalte Renten- oder Pensionszahlungen  (z.B. Rente wg. Erwerbsminderung, Alter, Unfall, landwirtsch. Altersgeld, Witwen- oder Waisenrente, Kinderzuschuss/zulage, Pflegegeld zur Rente, Pension o.ä.)	☐ ja	☐ nein	∐ ja	☐ nein
	Bezeichnung/ Rentenart	Mtl. Betrag in Euro	Bezeichnung/ Rentenart	Mtl. Betrag in Euro
		(brutto) (netto)		(brutto) (netto)
Falls ja,		(brutto) (netto)		(brutto) (netto)
		(brutto) (netto)		(brutto) (netto)

Einkommensart/ Leistung			Monatlicher Betrag in Euro			Monatlicher Betrag in Euro
Betriebsrente/Werksrente	□ja	nein	(brutto) (netto)	☐ ja	nein	(brutto) (netto)
Ausländische Renten/ Pensionen oder Renten- ansprüche	□ja	☐ nein	(brutto) (netto)	□ja	☐ nein	(brutto) (netto)

Einkommensart/	1. Person	2. Person
Leistung		
Ich habe eine Rente beantragt	☐ ja ☐ nein, Falls ja, am	☐ ja ☐ nein, Falls ja, am
	bei	bei
	Versicherungs-Nr.:	Versicherungs-Nr.:
	Welche Rente wurde beantragt?	Welche Rente wurde beantragt?
Ich habe einen Antrag auf Anerkennung nach dem Opfer- entschädigungsgesetz (OEG) gestellt	☐ ja ☐ nein, Falls ja, am bei	☐ ja ☐ nein, Falls ja, am bei
Ich habe freiwillige Beiträge in die gesetzliche Rentenversiche- rung/betriebliche Altersvorsorge eingezahlt	☐ ja ☐ nein Falls ja, bitte Nachweise beifügen	☐ ja ☐ nein Falls ja, bitte Nachweise beifügen
Ich habe im Ausland gearbeitet und es wurden Beiträge in die dortige Rentenkasse abgeführt	☐ ja ☐ nein Falls ja, machen Sie bitte Angaben zum Staat und des Zeitraums (ggf. Extrablatt nutzen)	☐ ja ☐ nein Falls ja, machen Sie bitte Angaben zum Staat und des Zeitraums (ggf. Extrablatt nutzen)
Ich bin einer Erwerbstätigkeit im Ausland ohne Beiträge in die Rentenkasse zu zahlen nachge- gangen.	☐ ja ☐ nein  Falls ja, sind die kompletten Arbeitsverläufe inkl. Nachweise (u.a. Arbeitsverträge) auf der letzten Seite dieses Antrages darzulegen (inkl. genauer Zeit- angaben der Tätigkeit und Höhe des Verdienstes beim jeweiligen Arbeitgeber).	☐ ja ☐ nein  Falls ja, sind die kompletten Arbeitsverläufe inkl. Nachweise (u.a. Arbeitsverträge) auf der letzten Seite dieses Antrages darzulegen (inkl. genauer Zeit- angaben der Tätigkeit und Höhe des Verdienstes beim jeweiligen Arbeitgeber).
Ich erhalte einen Grundrenten- zuschlag.	☐ ja ☐ nein	☐ ja ☐ nein
Ich habe 33 oder mehr Jahre an Grundrentenzeiten bzw. vergleichbaren Zeiten erfüllt.	☐ ja ☐ nein Wenn ja, bitte Nachweise beifügen	☐ ja ☐ nein Wenn ja, bitte Nachweise beifügen

### 5.2 Andere Einkommensarten

	1. Person			2. Person			
Einkommensart/ Leistung			Monatlicher Betrag in Euro			Monatlicher Betrag in Euro	
Nichtselbstständige Tätigkeit (z.B. Erwerbseinkommen, Mini-/Midijob, Ausbildungsvergütung), ehrenamtliche Tätigkeiten	□ ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Entgelt der WfbM	☐ ja	☐ nein		☐ ja	☐ nein		
Leistung der Kranken- kasse (einschl. Arbeit- geberzuschuss)	□ ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Gewerbebetrieb	☐ ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Land- und Forstwirtschaft	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Sonstige selbstständige Tätigkeit	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
	□ja	nein		☐ ja	nein		
Einnahmen aus Untervermietung	☐ Zimm		☐ möbliert	☐ Zimm		☐ möbliert	
Sonstige Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Wohngeld / Lastenzuschuss	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Leistungen nach dem Asylbewerberleistungs- gesetz	☐ ja	nein		☐ ja	nein		
	gen /Nac	•	echende Unterla- m Antrag beifü- en	gen /Nac		echende Unterla- m Antrag beifü- en	
Leistungen nach dem Bundesversorgungs- gesetz	□ja	nein		□ja	nein		
Leistungen des Lasten- ausgleichsamtes (z.B. Unterhaltshilfe, Pfle- gegeld, Entschädigungs- rente)	☐ ja	☐ nein		□ja	☐ nein		
Leistungen der Grund- sicherung für Arbeit- suchende (Bürgergeld nach dem SGB II)	□ja	nein		□ja	nein		

	Antrag a	uf Grund	sicherung			Seite 12
Leistungen der Arbeits- förderung (SGB III, z.B. Arbeitslosengeld, Einglie- derungshilfe, Berufsausbildungsbeihilfe)	□ ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Leistungen für Kinder (z.B. Kindergeld, Kinder- zuschlag)	☐ ja	nein		□ja	☐ nein	
	weitergele		ın die Kinder	weiterge		d an die Kinder
Wird entsprechendes Ein- kommen an Kinder weiter- gegeben?	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Ausbildungsförderung	□ja	nein		□ja	☐ nein	
Elterngeld	□ja	nein		□ja	☐ nein	
Mutterschaftsgeld	□ja	nein		□ja	☐ nein	
Unterhalt (auch Leistungen angeben, die der Kindergeldberechtigte aus seinem durch Kindergeld erzielten Einkommen erbringt)	□ja	☐ nein		∐ ja	☐ nein	
Privatrechtliche geldwerte Ansprüche (z.B. Bekösti- gung, Wohnrecht, Taschengeld, Leibrente, Pflegegeld)	□ ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Kapitalerträge (z.B. Zinsen)	☐ ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Leistungen nach anderen Sozialgesetzbüchern (z.B. Eingliederungshilfe, Blindenhilfe)	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
	gen /Nach	•	nende Unterla- Antrag beifü-	gen /Nac	•	echende Unterla- m Antrag beifü- en
Sonstige Einkünfte aus dem In- und/oder Ausland	□ja	nein		□ja	☐ nein	

|--|

6. Vom Einkommen evtl. absetzbare Beträge (soweit nicht bereits unter Ziff. 5 berücksichtigt) (Bitte Nachweise beifügen!)

		1.	Person		2.	Person
Ausgaben			Monatlicher Betrag in Euro			Monatlicher Betrag in Euro
Steuern auf das Einkommen	☐ ja	☐ nein		☐ ja	☐ nein	
Sozialversicherungsbeiträge	☐ ja	nein		☐ ja	nein	
Haftpflichtversicherung	□ja	☐ nein		□ja	nein	
Kfz-Haftpflichtversicherung (ohne Kasko)	☐ ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Hausratversicherung	☐ ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Altersvorsorgebeiträge	☐ ja	☐ nein		☐ ja	nein	
Sterbegeldversicherung	☐ ja	☐ nein		☐ ja	nein	
Aufwendungen für Arbeitsmittel	☐ ja	☐ nein		☐ ja	☐ nein	
Beiträge für Berufsver- bände, Gewerkschaften, Sozialverbände o.ä.	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Kosten für öffentliche Verkehrsmittel	□ja	☐ nein		□ja	☐ nein	
Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstelle	Entfern	ung in km:		Entfern	ung in km:	
bei Nutzung eines Kfz	□PKW	/ Mot	orrad	□PKW	/ Moto	orrad

Seite 14	
----------	--

7. Bargeld, Guthaben (z.B. Spar- und Girokonten) und sonstiges Vermögen im In- und Ausland (Bitte Nachweise beifügen!)

		1.	Per	son		2.	Person
Art des Vermögens			Bet	rag/Wert			Betrag/Wert
Bargeld	□ ja	☐ nein			☐ ja	☐ nein	
Bankguthaben	☐ ja	nein			□ ja	☐ nein	
Sparguthaben (einschließlich vermö- genswirksamer Leistun- gen)	□ ja	☐ nein			∐ ja	☐ nein	
Sonstige Kontoguthaben (z.B. Onlinekonten wie "PayPal")	□ ja	☐ nein			☐ ja	☐ nein	
Wertpapiere / Aktien	☐ ja	☐ nein			☐ ja	☐ nein	
Schmuck oder Edelmetalle	□ja	nein			☐ ja	☐ nein	
Sonstiges Vermögen im In- und/oder Ausland	∐ ja	☐ nein			□ ja	☐ nein	
	1						
		1. F	Perso	on		2. P	erson
Art des Vermögens		1. F	Pers	on Fällig am	E	2. P Betrag	rerson Fällig am
Art des Vermögens  Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente)	☐ ja ☐ nein	Betrag	Perso				
Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Ries-		Betrag	Perso		ja nein		
Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente)  Sonstige nicht gesetzliche	☐ nein	Betrag	Perso		ja nein ja nein		
Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente)  Sonstige nicht gesetzliche (private) Altersvorsorge  Bestattungsvorsorgever-	☐ nein ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ ja	Betrag		Fällig am	ja nein ja nein	Betrag	Fällig am
Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente)  Sonstige nicht gesetzliche (private) Altersvorsorge  Bestattungsvorsorgevertrag	☐ nein ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ ja	Betrag	Perso	Fällig am	ja nein ja nein	Betrag  2. P	Fällig am
Staatlich geförderte private Altersvorsorge (Riester-Rente, Rürup-Rente)  Sonstige nicht gesetzliche (private) Altersvorsorge  Bestattungsvorsorgever-	☐ nein ☐ ja ☐ nein ☐ ja ☐ ja	Betrag	Perso	Fällig am	ja nein ja nein	Betrag	Fällig am

Seite	15

Art des Vermögens				1. Pers	son					2. Pe	erso	on
			amtl.	zeichen	Bauj	ahr:			an Ke	ntl. ennzeichen		Baujahr:
Kraftfahrzeug(e)	☐ ja	ein	IXCIII.	ZCICIICII	Mod	ell:		ja nein			-	Modell:
			Kilom	eterstand	Тур:				Kil	ometerstaı	nd	Тур:
											•	
				1.	Perso	n				2. F	ers	son
				Bezeichn der Forde rung		Höhe der Forderung				Bezeichnu der Forde- rung	ng	Höhe der Forderung
Sonstige Forderu oder Ansprüche gegen Dritte	ngen		ja nein				[	∐ ja ∐ neiı	n			
					4 D	erson				2.	Da	rson
										<b>Z.</b>		
Hauseigentum bz	7\\/			☐ neii		nmerkung		-	:-	nein	AII	merkung
Wohneigentum (k sprechende Unte Nachweise zu Wo Größe der Immok beifügen)	oitte er rlagen ert und	/	│						ja			
Sonstiger Grundk (bitte entsprecher terlagen/ Nachwe Wert, Größe und des Grundstücks gen)	nde Ur eise zu Lage		∏ ja	☐ neii	n				ja	☐ nein		
Ansprüche aus Ü verträgen (z.B. W recht, Nießbrauch teilsrechte)	ohn-		□ja	neii	n				ja	☐ nein		
Ansprüche aus E (ggf. auch später			☐ ja	neii	n				ja	nein		

Handelt es sich um ein Pfändungs-

schutzkonto (P-Konto)?

□ ja

☐ nein

egründung des	Antrags und	weitere Hi	nweise		

Antrag auf Grundsicherung

#### Erklärung

Den Antrag auf Grundsicherungsleistung mit seinen Anlagen habe ich wahrheitsgemäß ausgefüllt. Die Angaben zu den anderen Personen (mit Ausnahme der Angaben zu 3. Unterhalt) habe ich ausgefüllt, weil mir Vollmacht erteilt wurde; ansonsten haben diese Personen ihre Angaben selbst in den vorstehenden Antrag oder in einen gesonderten Vordruck eingetragen und die Richtigkeit durch ihre Unterschrift bestätigt.

Wenn und solange ich Grundsicherungsleistungen erhalte, werde ich Änderungen der persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse (Familien-, Wohn-, Einkommens-, Vermögens- und Aufenthaltsverhältnisse) sowie der Verhältnisse, über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich und unaufgefordert mitteilen. Dies gilt auch für Angaben zu den vertretenen Personen.

Es ist mir bekannt, dass die beantragte Sozialhilfeleistung ganz oder teilweise bei fehlender Mitwirkung versagt werden kann. Sollte ich unvollständige oder unwahre Angaben machen, kann dies strafrechtlich verfolgt werden (§ 263 StGB). Zu Unrecht erhaltene Sozialleistungen muss ich erstatten (§§ 45, 50 SGB X, § 103 SGB XII). Zur Überprüfung der Anspruchsvoraussetzungen können auch Kontendaten beim Bundeszentralamt für Steuern in einem Kontenabrufverfahren gemäß § 93 Absatz 8 Abgabenordnung im elektronischen Verfahren eingeholt werden.

	Es besteht noch Informationsbedarf bzw beten.	w. Beratungsbedarf und es wird um ein Gespräch g	e-	
	Durch eine Beratung kann geklärt werde gen sind, wie z.B.:	len, ob weitere Bedarfe bestehen, die zu berücksich	nti-	
	<ul> <li>Kosten hauswirtschaftlicher Verrich Wohnung,</li> </ul>	ntungen, z.B. notwendige Hilfen beim Reinigen der		
	dung einschl. Schwangerschaft und	Erstausstattung für die Wohnung einschl. Haushaltsgeräte, Erstausstattung für Bekleidung einschl. Schwangerschaft und Geburt sowie Leistungen für mehrtägige Klassenfahrten im Rahmen der schulrechtlichen Bestimmungen,		
	<ul> <li>Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonde Unterkunft und evtl. weitere Leistun</li> </ul>	erfällen wie Schuldenübernahme zur Sicherung der ngen als Darlehen	•	
	Ich bevollmächtige meine(n) Ehegatten / Ehegattin / Lebenspartner bzw. Partner(in) der eheähnlichen Gemeinschaft zur Entgegennahme von Verwaltungsakten und entsprechenden Geldleistungen.			
	Sofern es einer leistungsberechtigten Person in dem Monat, in dem ihr erstmals eine Rente, sonstige Einkünfte oder andere Sozialleistungen zufließen, bis zum voraussichtlichen Zufluss dieser Einkünfte nicht möglich ist, ihren notwendigen Lebensunterhalt vollständig aus eigenen Mitteln bestreiten, ist ihr insoweit auf Antrag ein Darlehen nach § 37a SGB XII zu gewähren.			
	Ich/Wir erkläre/n hiermit ausdrücklich, dass für den Fall, dass dieser Sachverhalt auf mich/uzutrifft, ich/wir einen entsprechenden Antrag auf ein Darlehen nach § 37a SGB XII bis zu Erhalt des erstmaligen Zuflusses der am Monatsende fälligen Einkünfte stelle/n. Die weiteren Erläuterungen hierzu, die unter den Hinweisen zu finden sind, habe/n ich/wir zur Kenntnis genommen			
	Datum	1. Person Unterschrift		
- [	Datum	2. Person Unterschrift		
	Datam	2. 1 orden ontersormit		

#### Hinweise zum Antrag auf Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung nach dem Vierten Kapitel des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII)

#### Allgemeines:

Die Leistungen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung werden nach den Regelungen des Vierten Kapitels des Sozialgesetzbuches Zwölftes Buch (SGB XII) gewährt.

**Leistungsberechtigt wegen Alters** kann nur sein, wer die Altersgrenze erreicht hat. Die Geburtsjahrgänge bis 1946 haben die Altersgrenze mit Vollendung des 65. Lebensjahres erreicht. Die Geburtsjahrgänge 1947, 1948 usw. bis Geburtsjahrgang 1957 erreichen die Altersgrenze mit Vollendung eines Lebensalters von 65 Jahren und einem Monat bzw. zwei usw. bis elf Monaten (Beispiele: Geburtstag 9. August 1947 – Altersgrenze erreicht am 9. September 2012; Geburtstag am 31. Juli 1948 – Altersgrenze erreicht am 30. September 2013; Geburtstag am 30. August 1952 – Altersgrenze erreicht am 28. Februar 2018).

Leistungsberechtigt wegen einer dauerhaften, vollen Erwerbsminderung kann sein, wer das 18. Lebensjahr vollendet, aber noch nicht das 65. Lebensjahr sowie die vom Geburtsjahrgang abhängigen zusätzlichen Lebensmonate vollendet hat. Zudem muss es sich um eine dauerhafte, volle Erwerbsminderung - unabhängig von der jeweiligen Arbeitsmarktlage - handeln und es muss unwahrscheinlich sein, dass die volle Erwerbsminderung behoben werden kann.

Die Feststellung, ob diese Voraussetzung vorliegt, trifft der zuständige Rentenversicherungsträger in einem Gutachten.

Bei Vorliegen einer vollen Erwerbsminderungsrente ist auch der Rentenbescheid beizufügen aus dem sich der unbefristete Rentenanspruch ergibt.

Leistungsberechtigt kann aber auch sein, wer:

- im Arbeitsbereich einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60 SGB IX) beschäftigt ist oder
- das Eingangsverfahren oder den Berufsbildungsbereich in einer Werkstatt für behinderte Menschen oder bei einem anderen Leistungsanbieter (§ 60 SGB IX) durchläuft oder
- eine betriebliche Ausbildung absolviert, für die ein Budget für Ausbildung (§ 61a SGB IX) gezahlt wird oder
- ein Budget für Arbeit (§ 61 SGB IX) bezieht oder
- eine Tagesförderstätte oder eine Maßnahme der Teilhabe am arbeitsweltlichen Kontext (TaK) besucht.

Allerdings stehen Leistungen der Grundsicherung nur dann zu, wenn das Einkommen nicht ausreicht, um den Bedarf zu decken, und auch Vermögen nicht einzusetzen ist.

Leben Ehegatten, eingetragene Lebenspartner oder Partner einer eheähnlichen Gemeinschaft zusammen, so werden auch das Einkommen und Vermögen des bzw. der Anderen berücksichtigt.

Darüber hinaus kann die Unterhaltspflicht des getrenntlebenden oder geschiedenen Ehegatten oder Lebenspartners eine Rolle spielen. Die Unterhaltspflicht von Eltern und Kindern bleibt dagegen unberücksichtigt, es sei denn, dass im Einzelfall ein sehr hohes Einkommen vorhanden ist (jährlich 100.000 EUR oder mehr je Unterhaltsverpflichteten).

Keinen Anspruch auf Grundsicherung haben Personen, die ihre Bedürftigkeit in den letzten 10 Jahren vor der Antragstellung vorsätzlich oder grob fahrlässig herbeigeführt haben.

Der Antrag enthält viele leistungsrelevante Fragen, die für die Bearbeitung erforderlich sind. Durch sorgfältiges Ausfüllen vermeiden Sie Nachfragen und damit zeitliche Nachteile.

Kann eine leistungsberechtigte Person in dem Monat, in dem ihr erstmals eine Rente zufließt, bis zum voraussichtlichen Zufluss der Rente ihren notwendigen Lebensunterhalt nicht vollständig aus eigenen Mitteln bestreiten, ist ihr insoweit auf Antrag ein Darlehen nach § 37a SGB XII zu gewähren. Dies gilt entsprechend für erstmalige Einkünfte und Sozialleistungen, die am Monatsende fällig

werden. Die Rückzahlung des Darlehens erfolgt während des Leistungsbezugs durch Aufrechnung nach § 44b SGB XII. Es ist in Höhe von 5 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 monatlich zu tilgen. Insgesamt ist jedoch höchstens ein Betrag in Höhe von 50 Prozent der Regelbedarfsstufe 1 zurückzuzahlen. Liegt der monatliche Leistungsanspruch unter 5 Prozent der Regelbedarfsstufe 1, ist eine monatliche Rate in dieser Höhe zu leisten.

Ein solches Darlehen kommt nur dann in Betracht, wenn die antragstellende Person im fraglichen Monat Ansprüche nach dem SGB XII hat und ihren notwendigen Lebensbedarf auch mit den am Monatsende zufließenden Einkünften nicht aus eigenen Mitteln decken könnte, also Personen, die auch mit der künftig zufließenden Rente bedürftig bleiben werden.

#### Leistungen bei vorübergehendem Auslandsaufenthalt

Leistungsberechtigte, die sich länger als vier Wochen ununterbrochen im Ausland aufhalten, erhalten nach Ablauf der vierten Woche bis zu ihrer nachgewiesenen Rückkehr ins Inland keine Leistungen (§ 41a SGB XII). D.h. Grundsicherungsleistungen können bei vorübergehendem Auslandsaufenthalt längstens für vier Wochen geleistet werden. Für Zeiten über diese vier Wochen hinaus, entfällt der Anspruch auf Grundsicherungsleistung bis zur nachgewiesenen Rückkehr aus dem Ausland. Auslandsaufenthalte mit Dauer über vier Wochen hinaus sind daher rechtzeitig im Rahmen Ihrer Mitwirkungspflicht anzuzeigen.

#### Zu 1.: Persönliche Verhältnisse

Eine eheähnliche Gemeinschaft besteht zwischen zusammenlebenden und wirtschaftenden Partnern unabhängig vom Geschlecht, die füreinander einstehen und sich füreinander verantwortlich fühlen. "Lebenspartner" sind eingetragene Partner im Sinne des Lebenspartnerschaftsgesetzes.

Bei mehr als zwei Personen in Ihrem Haushalt machen Sie bitte unter Punkt 2 bzw. auf einem separaten Blatt zusätzliche Angaben!

Für die Klärung der Zuständigkeitsfrage ist es wichtig, die Aufenthaltsverhältnisse vor Aufnahme in eine stationäre Einrichtung (z.B. Heim, Krankenhaus u.a.m.) darzulegen.

Darüber hinaus ist z.B. bei Umzug wichtig, ob am bisherigen Wohnort bereits Grundsicherungsleistungen gezahlt wurden.

#### Zu 3.: Unterhalt

Nach § 94 Abs. 1a SGB XII bleiben Unterhaltsansprüche einer leistungsberechtigten Person gegenüber ihren Kindern und Eltern grundsätzlich unberücksichtigt, sofern deren jährliches Gesamteinkommen im Sinne des § 16 SGB IV (steuerrechtliches Gesamteinkommen) jeweils unter dem Betrag von 100.000 EUR jährlich liegen. Das Einkommen mehrerer Kinder wird nicht zusammengerechnet. Sofern Anhaltspunkte vorliegen, dass die Einkommensgrenze von **100.000 EUR** erreicht oder überschritten wird, kann verlangt werden, dass die Daten der betreffenden Personen angegeben werden.

Unterhaltsansprüche bei getrennt Lebenden oder Geschiedenen sind generell zu verfolgen.

#### Zu 4.1: Kosten der Unterkunft

Zur Grundsicherung gehören auch die angemessenen tatsächlichen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung. Ohne Beantwortung dieser Fragen ist keine Bedarfsbemessung möglich.

Wenn Sie Fragen haben zur Höhe der Angemessenheit oder eine neue Wohnung suchen, so lassen Sie sich bitte beraten. Es wird empfohlen, vor Abschluss eines neuen Mietvertrages die sozialhilferechtliche Anerkennung der Notwendigkeit (Zustimmung) dazu einzuholen, da nur bei vorheriger Anerkennung die angemessenen Aufwendungen für Unterkunft und Heizung sowie für Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen, Genossenschaftsanteile und Umzugskosten übernommen werden können.

Bei dauerhaftem Aufenthalt in einer stationären Einrichtung (z.B. Heim, Krankenhaus u.a.m.) können Fragen zu Unterkunft und Heizung unbeantwortet bleiben, da hier ein Durchschnittsbetrag angesetzt wird.

#### Zu 4.5 bis 4.6.: Weitere Bedarfe, Persönliche Situation

Im Einzelfall können auch weitere Bedarfe berücksichtigt werden wie:

- Mehrbedarfe für Personen, die die Altersgrenze nach § 41 Abs. 2 SGB XII erreicht haben oder die Altersgrenze noch nicht erreicht haben, voll erwerbsgemindert sind und einen Feststellungsbescheid mit dem Merkmal "G" oder "aG" haben; für werdende Mütter nach der 12. Schwangerschaftswoche; für Personen mit einem oder mehreren minderjährigen Kindern zusammenleben und allein für deren Pflege und Erziehung sorgen, ein ernährungsbedingter

Mehrbedarf, wenn der Ernährungsbedarf aus medizinischen Gründen von allgemeinen Ernährungsempfehlungen abweicht und die Aufwendungen für die Ernährung deshalb unausweichlich und in mehr als geringem Umfang oberhalb eines durchschnittlichen Bedarfs für Ernährung liegen (4.5). Auch als Mehrbedarfe anzuerkennen sind Aufwendungen von Schülern zur Anschaffung oder Ausleihe von Schulbüchern oder gleichstehenden Arbeitsheften, soweit diese aufgrund der jeweiligen schulrechtlichen Bestimmungen oder schulischen Vorgaben entstehen.

- Angemessene Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung (4.6.). Sofern keine gesetzliche, freiwillig gesetzliche, private oder ausländische Versicherung besteht, kann der Sozialhilfeträger die Kosten für Krankenbehandlung gegen Kostenerstattung übernehmen (§ 264 SGB V). Hierzu eine Klärung mit dem jeweiligen Träger der Sozialhilfe erforderlich. Im Regelfall erfolgt eine Aufnahme bei der gesetzlichen Krankenversicherung.
- Weil sich die Leistungen der Sozialhilfe an den Besonderheiten des Einzelfalls zu orientieren haben, müssen auch besondere Fallkonstellationen berücksichtigt werden. So wird in bestimmten Ausnahmefällen von der Pauschalisierung abgewichen. Dies nennt man abweichende Regelsatzfestsetzung. Der individuelle Regelbedarf wird abweichend festgesetzt, wenn im Einzelfall für eine Dauer von mehr als einem Monat entweder der Bedarf nachweisbar vollständig oder teilweise anderweitig gedeckt ist (Abweichung nach unten), oder der Bedarf erheblich über dem durchschnittlichen Bedarf liegt und diese Mehraufwendungen begründbar nicht anderweitig gedeckt werden können (Abweichung nach oben). Abweichungen vom Regelbedarf unterliegen einem strengen Maßstab und sind mit der Leistungsbehörde zu erörtern.
- In besonderen Einzelfällen, können auch einmalige Bedarfe berücksichtigt werden, wenn diese auf keine andere Weise gedeckt werden können. Dieser sogenannte "Härtefallmehrbedarf" unterliegt auch einem strengen Maßstab und ist im Einzelfall zu prüfen. Bei Fragen diesbezüglich wenden Sie sich an Ihre Leistungsbehörde.

Aufgrund von weiteren Angaben zur persönlichen Situation (11.) kann durch eine Beratung auch geklärt werden, ob weitere Bedarfe bestehen, die zu berücksichtigen sind.

#### Zu 5.: Einkommen

Grundsicherungsleistungen sind abhängig von der Höhe und der Art des Einkommens.

Zum Einkommen gehören alle Einkünfte in Geld oder Geldeswert.

Soweit eine spezielle Einkommensart im Vordruck nicht aufgeführt sein sollte, ist dieses Einkommen unter *Sonstige Einkünfte* zu erfassen.

**Nicht** zum anzurechnenden Einkommen gehört z.B. das Arbeitsförderungsgeld in einer Werkstatt für behinderte Menschen.

#### Zu 6.: Vom Einkommen evtl. absetzbare Beträge

Ihr anzurechnendes Einkommen verringert sich u.a. durch gezahlte Einkommensteuern und Sozialversicherungsbeiträge. Beiträge zu öffentlichen oder privaten Versicherungen oder ähnlichen Einrichtungen werden nur abgesetzt, soweit diese Beiträge gesetzlich vorgeschrieben oder nach Grund und Höhe angemessen sind. Werbungskosten werden abgesetzt, soweit sie zur Erzielung des Einkommens notwendig sind.

#### Zu 7.: Bargeld, Guthaben (z.B. Spar- und Girokonten) und sonstiges Vermögen

Zum Vermögen gehört das gesamte verwertbare Vermögen.

Bitte geben Sie hier auch an, wenn Sie noch Ansprüche gegen Dritte haben, z. B. Erbansprüche, Rückforderungen aus Verträgen oder Schenkungen o.ä.).

Folgendes Vermögen muss **nicht** verwertet werden:

- Vermögen, das aus öffentlichen Mitteln zum Aufbau oder zur Sicherung einer Lebensgrundlage oder zur Gründung eines Hausstandes gewährt wird,
- Kapital einschließlich seiner Erträge, das der zusätzlichen Altersvorsorge im Sinne des § 10a oder des Abschnitts XI des Einkommensteuergesetzes dient und dessen Ansammlung staatlich gefördert wurde,

- sonstiges Vermögen, solange es nachweislich zur baldigen Beschaffung oder Erhaltung eines Hausgrundstücks bestimmt ist, soweit dieses Wohnzwecken behinderter, blinder oder pflegebedürftiger Menschen dient oder dienen soll und dieser Zweck durch den Einsatz oder die Verwertung des Vermögens gefährdet würde,
- angemessener Hausrat; dabei sind die bisherigen Lebensverhältnisse der nachfragenden Person zu berücksichtigen,
- Gegenstände, die zur Aufnahme oder Fortsetzung der Berufsausbildung oder der Erwerbstätigkeit unentbehrlich sind,
- Familien- und Erbstücke, deren Veräußerung für die nachfragende Person oder seine Familie eine besondere Härte bedeuten würde.
- Gegenstände, die zur Befriedigung geistiger, besonders wissenschaftlicher oder künstlerischer Bedürfnisse dienen und deren Besitz nicht Luxus ist,
- ein angemessenes selbstgenutztes Hausgrundstück. Die Angemessenheit bestimmt sich nach der Zahl der Bewohner, dem Wohnbedarf (zum Beispiel behinderter, blinder oder pflegebedürftiger Menschen), der Grundstücksgröße, der Hausgröße, dem Zuschnitt und der Ausstattung des Wohngebäudes sowie dem Wert des Grundstücks einschließlich des Wohngebäudes,
- ein angemessenes Kraftfahrzeug,
- kleinere Barbeträge oder sonstige Geldwerte; dabei ist eine besondere Notlage der nachfragenden Person zu berücksichtigen (grundsätzlich: Alleinstehende10.000 Euro, Ehegatte / Ehegattin /
  Lebenspartner(in) / Partner(in) einer eheähnlichen Gemeinschaft zuzüglich 10.000 EUR, für jede
  andere überwiegend unterhaltene Person zuzüglich 500 EUR).

#### Zu 8.: Vermögensübertragungen

Diese Angaben sind von Bedeutung für die Bewertung und Berechnung von Ansprüchen, die sich aus Vermögensübertragungen (z.B. Schenkung, Übergabevertrag, Altenteil, vorweggenommene Erbfolge) ergeben können.